

## **Oberösterreich 2009 - 2015**

## Inhalt

---

Gestärkt aus der Krise an die Spitze	Seite	2
Arbeitsmarkt	Seite	3
Wirtschaft	Seite	4
Finanzen und Verwaltung	Seite	7
Raumordnung	Seite	8
Energie	Seite	9
Umwelt, Wasser, Naturschutz	Seite	11
Bildung, Forschung, Wissenschaft	Seite	13
Kultur und Sport	Seite	15
Familie, Kinderbetreuung, Jugend	Seite	16
Gesundheit und Soziales	Seite	18
Gleichstellung von Frauen und Männern	Seite	20
Wohnbau	Seite	21
Landwirtschaft	Seite	23
Verkehr	Seite	26
Sicherheit	Seite	28
Europa	Seite	29

## Gestärkt aus der Krise an die Spitze

---

Der oberösterreichische Weg wurde in den letzten Jahren zum Vorzeigemodell, der unser Land zu einem europäischen Spitzenstandort und zu einer Region der Vollbeschäftigung gemacht hat.

Mitten in dieser guten Entwicklung hat die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise jetzt Oberösterreich erreicht. Wachsende Arbeitslosigkeit und dramatische Einnahmefälle in den öffentlichen Haushalten treffen auch unser Land.

Die kommenden sechs Jahre werden daher die schwierigste Regierungsperiode seit langem und eine enorme Herausforderung.

Die Oberösterreichische Volkspartei und die Grünen Oberösterreichs wollen in dieser ernsten Lage gemeinsam Verantwortung übernehmen. Aufbauend auf den positiven Entwicklungen der letzten Periode wollen wir uns mit diesem Programm für die kommenden sechs Jahre mit aller Kraft gegen die Auswirkungen der Krise stemmen, uns um größtmögliche umfassende Sicherheit für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher bemühen und Oberösterreich wieder zu einem Land der Vollbeschäftigung machen.

Unser konsequenter Zukunftskurs wird dazu beitragen, dass Oberösterreich gestärkt aus der Krise hervorgeht und sich in zentralen Bereichen zu einer Spitzenregion Europas entwickelt. Unsere oberste Prämisse ist es, die Lebensqualität in unserem Land schrittweise weiter zu erhöhen.

Gerade jetzt ist es sinnvoll in Begabungen der Menschen, in Bildung und Ausbildung zu investieren. Chancen in neuen, modernen Technologien, in der Öko- und Kreativwirtschaft, in hochwertigen Dienstleistungssektoren, sowie in der Forschung werden wir für neue Arbeitsplätze nutzen.

Durch einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern und Sensibilität für die sich verändernde demographische Entwicklung wollen wir sicherstellen, dass die Menschen auch in Zukunft die bestmögliche medizinische und pflegerische Versorgung erfahren.

Unser Arbeitsprogramm ist ein Bekenntnis zu einer nachhaltigen Landesentwicklung, die auf die natürlichen Lebensgrundlagen achtet, aus Verantwortung für unsere zukünftigen Generationen.

In dieser ernsten Situation erkennen wir die Chancen, die sich Oberösterreich auftun, wenn alle Kräfte in einer Kultur der Zusammenarbeit für die Entwicklung unseres Landes arbeiten. Die Oberösterreichische Volkspartei und die Grünen Oberösterreichs sind dazu bereit. Wir laden alle Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher ein, diesen Weg mitzugestalten.

Oberösterreich will in der kommenden Periode das Ziel Vollbeschäftigung wieder erreichen und eine Arbeitslosenquote unter 4 Prozent schaffen. Wir investieren daher so viel wie kein anderes Bundesland in aktive Arbeitsmarktpolitik. Es gilt besonders in schwierigen Zeiten: Kampf um jeden Arbeitsplatz.

Der mit den Sozialpartnern und dem AMS erarbeitete "Pakt für Arbeit und Qualifizierung" bleibt Leitfaden für die aktive Arbeitsmarktpolitik.

Das Land Oberösterreich will mit dem AMS die vom Bund vorgegebene Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18 Jahre umsetzen und binnen 100 Tagen jedem ausbildungssuchenden jungen Menschen ein Ausbildungsangebot machen.

Die hohe Beschäftigungsquote der Frauen in Oberösterreich wollen wir weiter ausbauen, e-learning-Angebote und Weiterqualifizierungs-Initiativen für Frauen in Karenz ermöglichen. Weitere Maßnahmen setzen wir in den Bereichen: Forcierung FEM Implacement, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Verringerung geschlechtsspezifischer Einkommensunterschiede, Initiativen für Frauen in die Technik, für Ältere und Wiedereinsteigerinnen in zukunftsorientierten Berufen – zum Beispiel bei Pflegeberufen und Ökojobs. Mit Umschulungen, Aus- und Weiterbildung können die Beschäftigungschancen für Frauen erhöht werden.

Lebensbegleitendes Lernen ist heute unabdingbar. Beste Aus- und Weiterbildung und Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das erklärte Ziel.

Die Anforderungen an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden in Zukunft nicht österreichweit, aber auch nicht bundesländerweit gleich sein. Schwerpunkte sind nötig. Mit einer noch stärkeren Individualisierung und Regionalisierung wollen wir unsere Menschen bestmöglich unterstützen.

Oberösterreich verfügt heute über mehr als 260 Lehrberufe. Wir wollen neue Lehrberufe schaffen – wie z.B. Kindergartenassistentinnen und -assistenten oder im Bereich der modernen Dienstleistungen.

Oberösterreich will Maßnahmen setzen, um einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Identifizierung und Entwicklung von Spitzenkräften, die Förderung von hochbegabten Schülerinnen und Schülern werden hierzu wesentliche Schritte sein.

Wir streben in Zusammenarbeit mit dem AMS Oberösterreich ein zeitlich befristetes Impulsprogramm für Jungforscherinnen und Jungforscher in den Forschungsabteilungen der oberösterreichischen Wirtschaft an.

Unsere Aufgabe ist es, Menschen mit Beeinträchtigungen sowie (Lern-)Schwächere zu begleiten und zu unterstützen, um ihnen am Ersten Arbeitsmarkt Beschäftigung zu ermöglichen.

Das Bildungskonto des Landes Oberösterreich steht auch Menschen mit Beeinträchtigungen offen.

Aufbauend auf das Integrationsleitbild sollen weiter Menschen mit Migrationshintergrund durch Qualifizierungsmaßnahmen unterstützt werden.

Die Oberösterreichische Landesregierung will die Arbeitsmarktchancen von Ökoenergie nutzen und setzt Initiativen für qualifizierte Arbeitsplätze im Bereich dieser Zukunftstechnologien. Die in verschiedenen Bereichen dieses Programms verankerten Initiativen (z.B. Solar-Dächerprogramm) stützen diese Entwicklung.

Die Krise als Chance nützen heißt für Oberösterreich, in Forschung & Entwicklung, in Innovation & Technologisierung zu investieren. Unsere Zukunft heißt Forschen und Wissen. Mit dem Strategischen Wirtschaftsprogramm "Innovatives Oberösterreich 2010" hat sich Oberösterreich am Weg in das neue Jahrtausend auf einen klaren Zukunftskurs festgelegt. Alle Maßnahmen des Programms sind bereits auf Schiene. Die Weiterentwicklung bis 2013 – angelehnt an Förderperioden der EU – ist im Gange und heißt "Innovatives Oberösterreich 2010plus". Die Beschlussfassung des Innovativen Oberösterreich 2010plus durch den Oberösterreichischen Landtag und die anschließende Umsetzung der Maßnahmen ist das klare gemeinsame Ziel. Darüber hinaus werden bereits jetzt über die "Zukunftsallianz Wirtschaft OÖ 2020" Überlegungen zu den Zukunftspfaden für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich angestellt. Oberösterreich will zu einer der innovativsten Regionen Europas aufsteigen.

Wirtschaftsparks, Exzellenz Parks, Kompetenzzentren und Interkommunale Betriebsbaugebiete mit perfekter Infrastruktur sind die Voraussetzung, um Firmen ansiedeln zu können und damit Arbeit zu den Menschen bringen zu können. Dieser Kurs soll offensiv fortgesetzt werden.

Die oberösterreichische Innovationslandschaft hat sich dynamisch entwickelt. Durch die Bündelung und Vernetzung aller Innovationsplayer im öffentlichen Bereich in einer Oberösterreichischen Innovationsholding sollen diese noch koordinierter vorgehen.

Oberösterreich ist dank der Breitband-Initiative flächendeckend mit Datenautobahnen versorgt. Mit einer neuen Glasfaser-Breitband-Offensive, gemeinsam mit Bund, EU und starken Partner aus der Wirtschaft möchte Oberösterreich auch im Bereich Glasfaser Spitzenreiter sein und damit Menschen und Unternehmen auch im ländlichen Raum Chancengleichheit und Zukunftsperspektive geben. Erneut sollen Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit gesetzt werden, um den Menschen und den Unternehmen in Oberösterreich den Nutzen und die Möglichkeiten dieser Technologie näherzubringen.

Die Landesregierung bekennt sich zum weiteren Ausbau des trimodalen Wirtschaftsstandortes Ennshafen und des international anerkannten Softwareparks Hagenberg. Die bestehenden Impuls- und Technologiezentren sollen durch Steigerung der Dienstleistungsqualität und gezielter Strategieentwicklung qualitativ weiterentwickelt werden.

Ein wichtiges Ziel ist es, weitere Vereinfachungen, Beschleunigungen und Entbürokratisierung von Verfahren und Anlagen-Genehmigungen, zum Beispiel durch die Erweiterung der Anzeigeverfahren, zu erreichen.

Ziel ist die stärkere Vernetzung der Kreativwirtschaft in technologiepolitischen Programmen. Die Kreativität als Standortfaktor und die Kreativität der Mitarbeiter sollen genutzt werden. Für Unternehmensgründungen in diesem Bereich soll auf Basis der bestehenden Instrumente ein gezieltes Förder- und Informationspaket für Gründerinnen und Gründer und Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer entwickelt werden.

Cluster Umwelttechnik, Ökoenergiecluster und Netzwerk Energieeffizienz sowie Energie-sparverband sind Säulen der Ökoenergie- und Umwelttechnik-Offensive. Um der Entwicklung der Ökowirtschaft Rückenwind zu geben, forcieren wir Forschung, Entwicklung und praktische Umsetzung von Ökoenergienutzungen. Die Ökoenergie-Offensive stärkt den Heimmarkt und eröffnet unseren Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten und schafft zukunftssichere Arbeitsplätze. Zugleich wird durch den Export von Produkten und Dienstleistungen – mit Unterstützung des Exportcenters Oberösterreich - international ein Beitrag zur Lösung der Energieprobleme geleistet und dem Klimawandel entgegen gesteuert. Oberösterreichs Firmen sind mittlerweile in vielen Bereichen internationale Markt-

und Technologieführer. Oberösterreich unterstützt Betriebe im Rahmen notifizierter Förderprogramme bei der Schaffung einer heimischen Photovoltaik-Produktion.

Ein Ökojob-Programm zur Schaffung 50.000 neuer Arbeitsplätze wird als ein wesentliches, prioritäres gemeinsames Projekt der schwarz-grünen Regierungskoalition definiert und nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten umgesetzt.

Das in den letzten Jahren mit Landesunterstützung aufgebaute Exportcenter Oberösterreich soll als Drehscheibe für die Exportoffensiven des Landes genutzt werden. Auf das Definieren von bestehenden und neuen Schwerpunktmärkten und -branchen wird dabei besonders geachtet. So werden z.B. legislative Regelungen im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes ein großes Nachfragepotential schaffen. Um diese Chancen nutzen zu können, werden oberösterreichische Unternehmen (z.B. Ökoenergie- und Umwelttechnologiebereich, etc.) in Abstimmung mit der Exportoffensive "go.international" seitens des Landes Oberösterreich begleitet.

Oberösterreich will den Brain Gain im Land verstärken. Oberösterreich muss auf die besten Köpfe setzen. Dafür braucht es notwendige Rahmenbedingungen um Spitzenkräfte für Oberösterreich zu gewinnen.

Oberösterreich bekennt sich zur Unterstützung von Jungunternehmerinnen und Jungunternehmern, Ein-Personen-Unternehmen, Kleinstbetrieben und dem Forcieren von Innovationen auch in KMUs.

Das Land bekennt sich zum Erhalt eines starken Netzwerks an Nahversorgern. Die Nahversorger-Förderung soll dafür Anreize setzen, weshalb 2010 eine Evaluierung durchgeführt wird. Eine bessere Vernetzung der bestehenden Instrumente der Regionalentwicklung wird angestrebt.

Darüber hinaus soll es ressortübergreifende Bemühungen zur Belebung der Ortskerne geben. Nach dem Vorbild von Gründerzentren soll es für die gezielte Ansiedlung von Ein-Personen- und Kleinst-Unternehmen in den Ortszentren Initiativen geben.

## **Tourismus**

Wir wollen die Weiterentwicklung des Kursbuch Tourismus- und Freizeitwirtschaft unter Beachtung der neuen strategischen Ausrichtungen und der Themenorientierung. Die Qualitäts-, Ausbildungs- und Innovationsoffensive soll fortgesetzt werden. Auf eine nachhaltige (auch den Klimawandel betreffende) Entwicklung wird bei den neuen Strategien geachtet.

## **Forschung & Entwicklung**

Mit der OÖ-Forschungsoffensive ist es unser Ziel, die Forschungsquote auf 4 Prozent zu erhöhen. Wir entwickeln unsere oberösterreichischen Stärkefelder in der Forschung und Entwicklung weiter. Die Handlungsfelder dafür sind:

- Ausbau der international führenden Position Oberösterreich in der Mechatronik und Prozessautomatisierung
- Energie- und Energieeffizienz-Forschung
- Innovative Werkstoffe und Leichtbau.
- IKT-Initiative
- Life Sciences
- Logistik

Das Thema "Elektro-Mobilität" soll künftig verstärkt betrieben werden. Es vereint in sich beispielsweise die Stärkefelder Energie-, Mechatronik, Leichtbau- und Logistikforschung und wird über den Automobilcluster betreut.

Die Einrichtung einer Innovation Search Agency soll überlegt werden. Ziel ist das internationale Aufspüren von F&E-Ergebnissen – und die Nutzung solcher Innovationen in oberösterreichischen Unternehmen.

Das Land Oberösterreich plant unter Einbindung der oberösterreichischen Regionalbanken und mit Hilfe von EU Mitteln einen Technologie- und Innovationsfonds Oberösterreich. Ziel ist das Zur-Verfügung-Stellen von Risiko-Kapital für die oberösterreichische Wirtschaft.

Oberösterreich unternimmt sehr viel, um das Interesse für Technik und Naturwissenschaft bei Kindern und Jugendlichen zu fördern. Es wird beabsichtigt, auch im Bereich der 3- bis 6-Jährigen weitere Initiativen zu setzen (Stichwort: "Haus der kleinen Forscherinnen und Forscher"), z.B. Einrichtung im neuen Science Center, Machbarkeitsstudie für naturwissenschaftliche außerschulische Bildung und Pilotprojekte in Bezirken bzw. Schulen.

### Finanzen

Oberösterreich wird auch in den Jahren 2009 bis 2015 seine nachhaltige Finanzpolitik fortsetzen und legt ein Bekenntnis zu ausgeglichenen Haushalten ab. Ausnahmen davon können gemacht werden, wenn es arbeitsmarktpolitische oder wirtschaftspolitische Situationen erfordern. Unter diesen Umständen kann vom Prinzip des ausgeglichenen Landeshaushalts für einen vorher bestimmten Zeitraum abgegangen werden.

Für die Jahre bis 2015 wird im ersten Halbjahr 2010 eine mittelfristige Finanzplanung gemeinsam erarbeitet. Weiterhin hat der Grundsatz "Investieren vor Konsumieren" absolute Budget-Priorität, damit auch unter schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie sie derzeit gegeben sind, zukunftsorientierte Investitionskonzepte realisiert werden können. Nach 2013 wird nach Vorliegen der Ergebnisse des neuen Finanzausgleichs die mittelfristige Budgetplanung bis 2015 entsprechend den Ergebnissen des Finanzausgleichs entsprechend neu gestaltet.

Die derzeitige Wirtschaftskrise und die daraus folgenden Mindereinnahmen für das Land Oberösterreich sowohl im Bereich der Ertragsanteile, der Bedarfszuweisungsmittel als auch der Mittel für die Krankenanstaltenfinanzierung erfordern eine äußerst sorgsame Budgetpolitik. Daher werden folgende Festlegungen für die kommende Funktionsperiode getroffen: Keine Infragestellung

- der derzeitigen Krankenanstaltenfinanzierung
- der derzeitigen Sozialhilfefinanzierung (60:40) sowie
- der Strukturhilfe für die finanzschwachen Gemeinden.

Die Landesumlage bleibt in der derzeit gegenüber der FAG-Ermächtigung verkürzten Höhe 7,1 % für die gesamte Legislaturperiode aufrecht.

### Verwaltung

Wir bekennen uns zum Leistungsprinzip in der Öffentlichen Verwaltung. Leistungsträger sollen weiterhin eine Entwicklungsmöglichkeit im Öffentlichen Dienst haben.

Beibehaltung der derzeitigen Richtlinien der Personalobjektivierung sowohl hinsichtlich der Aufnahme von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Land Oberösterreich, als auch bei der Bestellung von Leitungsfunktionen.

Die Einrichtung von Landesverwaltungsgerichten, die organisatorisch und personell Einrichtungen des Landes sind, wird sowohl unter rechtsstaatlichen als auch unter verfahrensökonomischen Aspekten begrüßt. Soweit diesen Aufgaben übertragen werden, die noch nicht von Landeseinrichtungen administriert wurden, ist ein finanzieller Ausgleich sicherzustellen.

Jegliche strukturelle Hürden und Doppelgleisigkeiten müssen im Sinne der Kundenorientierung und der Effizienz der Verwaltung abgeschafft werden.



## Raumordnung

---

Örtliche und überörtliche Raumordnung:

Stärkung des ländlichen Raumes. Die zunehmende Dominanz der wirtschaftsstarke Stadtregionen in Verbindung mit dem demographischen Wandel birgt große Herausforderungen, den ländlichen Raum als Lebens- und Wirtschaftsraum zu erhalten. Einer der Schlüssel zur erfolgreichen Entwicklung des ländlichen Raumes liegt in der interkommunalen Kooperation in Fragen der Regionalentwicklung und Infrastrukturentwicklung. In guten Pilotprojekten (Beispiel Zukunftsraum Eferding) sollen Strategien und Maßnahmen für erfolgreiche Kooperationsstrategien zur Stärkung des ländlichen Raums entwickelt werden.

Die Erweiterung bestehender Betriebe in landwirtschaftlichen Anwesen soll ermöglicht werden.

Im Sinne der Stärkung der Nahversorgung bekennt sich die Oberösterreichische Landesregierung weiterhin zu einer restriktiven Genehmigungspraxis von überregional bedeutsamen Einkaufszentren und zu einer gezielten Standortentwicklung für regional bedeutsame Handelsbetriebe.

Aufbauend auf den Ergebnissen des unter Federführung der Abteilung Raumordnung aktuell laufenden, direktionsübergreifenden oberösterreichischen Szenarioprojektes und unter Prüfung der Vorschläge des Umweltanwaltes werden eine Neuerstellung des Landesraumordnungsprogramms und eine Novelle des Oberösterreichischen Raumordnungsgesetzes angestrebt.

Oberösterreich will seine führende Stellung in Fragen der Energie- und Umwelttechnologie halten und ausbauen. Energiepolitik wird dabei als wichtiger Faktor für den Industrie- und Wirtschaftsstandort verstanden. Die Landesregierung bekennt sich zu den Zielen des Programms "Energiezukunft 2030" und setzt weitere ambitionierte Umsetzungsschritte, wobei alle Maßnahmen im Konsens mit den betroffenen Gruppen erarbeitet werden und bei der Umsetzung besonders auf den effizienten Einsatz von öffentlichen Mitteln zu achten ist und es zu keiner Gefährdung von Betrieben, Arbeitsplätzen und sozialen Sicherungssystemen kommt. Für die Maßnahmenvorschläge gilt der in der Landesregierung beschlossene Fahrplan.

Ziel der oberösterreichischen Landespolitik ist die Versorgungssicherheit. Wir wollen die Kosten für Energieimporte verringern, die CO<sub>2</sub> Emissionen senken und die Anteile fossiler Energieträger reduzieren durch eine schrittweise Erhöhung von Energieeffizienz und den Ausbau von erneuerbaren Energieträgern (Energiezukunft 2030).

Zur Versorgungssicherheit gehören ausreichend dimensionierte Energienetze und Energiespeicher, effizientes Lastmanagement und intelligente Stromzähler.

Energieeffizienz und neue Energietechnologien werden zu weltweiten Schwerpunktthemen, bei denen die oberösterreichische Wirtschaft umfangreiches Know-how anbieten kann. Die Energieeffizienz ist ein Schlüsselthema für die Bewältigung der Herausforderungen im Energiebereich und für die Erreichung der energiepolitischen Ziele des Landes. Energieeffizienzmaßnahmen sollen daher durch eine breite Bewerbung und Beratung sowohl im Wirtschafts- als auch im Privatbereich gefördert werden. Das Netzwerk Energieeffizienz leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Der Energieverbrauch von Gebäuden wird weiter schrittweise abgesenkt. Die Anzahl der Sanierungen soll noch gesteigert werden. Nach Auslaufen der Sanierungsförderung im Rahmen des Konjunkturpaketes Mitte 2010 sollen die Förderungsvarianten evaluiert werden. Als Weiterentwicklung der Energieeffizienz im Bau plant Oberösterreich unter Anwendung der bestehenden Förderungsrichtlinien ein Vorbildprojekt für eine erste Aktivenergiesiedlung.

Die Energie-Infrastruktur ist ein Erfolgsfaktor für unser hoch entwickeltes Bundesland. Die Basis für das Energienetz der Zukunft bildet die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit, die bestmöglichen Versorgungsqualität und die Weiterentwicklung des Verteilnetzes. Wir erarbeiten gemeinsam mit den Energieversorgern parallel zur Sicherung ausreichender Energieversorgungsnetze ein Konzept für ein Lastmanagement, das den zukünftigen Herausforderungen dezentraler Energieversorgung und jenen der Elektromobilität gerecht wird.

Dem verantwortungsvollen Ausbau der Wasserkraft an umweltverträglichen Standorten, sowie der Vornahme von Effizienzsteigerungsmaßnahmen bei bestehenden Kraftwerken wird von der Oberösterreichischen Landesregierung energiepolitische Priorität eingeräumt. Neben Energieeffizienz und Wasserkraft erfolgt ein forcierter umweltverträglicher Ausbau der Solarenergie, der Geothermie sowie von Biomasse, Biogas und Windenergie.

Die Landesregierung strebt in Abstimmung mit dem Energie- und Klimaschutzfonds des Bundes zusätzliche Investförderungsimpulse für ein zumindest 10.000-Solardächer-Programm an. Die Anzahl der Photovoltaikanlagen in Oberösterreich soll damit als erste Etappe bis 2015 jedenfalls verfünffacht werden. Die bisherige Auffassung der Oberösterreichischen Landesregierung zu einer Attraktivierung des Ökostromgesetzes nach dem Modell des deutschen EEG bleibt aufrecht.

Neben dem Ausbau des Öffentlichen Verkehrs werden wir die Elektromobilität forcieren. Das senkt CO<sub>2</sub>-Emissionen, Lärmbelastung, Treibstoffverbrauch und schafft die Chance auf eine starke Marktposition und damit auf Arbeitsplätze. Der Umstieg auf E-Mobilität ist unter Verwendung von erneuerbarem Strom anzustreben. Als Teil einer E-Offensive plant Oberösterreich in dieser Legislaturperiode ein Netz an Solartankstellen aufzubauen und ein Förderprogramm für E-Mobilität zu entwickeln.

Bei der Direkteinspeisung von Biogas hat Oberösterreich einen internationalen Vorsprung, der gehalten werden muss. Ebenso bei der Wärmegewinnung aus Holz, die durch KWK-Anlagen regional sinnvoll ergänzt werden sollen.  
Bei Architektur, Auswahl der Baustoffe und der Energieeffizienz bekennen wir uns zur Vorbildwirkung des öffentlichen Bauens.

Oberösterreich setzt auch im Bereich des Gemeinderessorts die Bestimmungen der geltenden 15a-B-VG-Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zur Reduktion von Treibhausgasen um und sorgt dafür, dass bei öffentlichen Bauten erneuerbare Energieträger zum Einsatz kommen, sofern dies technisch möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Oberösterreich bekennt sich zu einer nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutzpolitik, welche die Lebensgrundlagen auch für die künftigen Generationen schützt, die Naturhaushalte intakt hält und Biodiversität wahrt.

Wir wollen den Weg einer ehrgeizigen Umwelt- und Klimapolitik in Übereinstimmung mit der Wirtschaft und Landwirtschaft unter Beachtung der Notwendigkeiten eines erfolgreichen Wirtschaftsstandortes und der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe gezielt fortsetzen.

Umweltpolitik ist auch Standortpolitik im positiven Sinn. Wo die Lebensqualität in Ordnung ist, siedeln sich auch internationale Betriebe an. Umweltpolitik kann daher auch eine Chance für zukunftsorientierte Arbeitsplätze in Oberösterreich darstellen.

Oberösterreichs Landespolitik will ihre führende Rolle in Fragen der Umwelttechnologie fortsetzen und setzt die landespolitischen Ziele des Energiekonzepts 2030 regierungsbeschlussgemäß und im Einvernehmen mit den schon bisher im Beirat vertretenen Interessensgruppen um. Durch Maßnahmen auf dem Energie- und Umweltsektor darf es zu keiner Gefährdung von Betrieben, Arbeitsplätzen oder sozialen Sicherungssystemen kommen.

Über eine Novelle des Naturschutzgesetzes sollen unter anderem zukunftsorientierte Rahmenbedingungen zur nachhaltigen Nutzung von erneuerbaren Energieformen geschaffen werden. Ein Landesplan für die ökologisch nachhaltige Nutzung von Biomasse wird erarbeitet.

Oberösterreich wird seine Bemühungen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen in einem Mix von Information und Beratung, Förderungsanreizen und technischen Vorgaben engagiert fortsetzen. Die Landesregierung beabsichtigt die Entwicklung alternativer Antriebsformen im Sinne des Klimaschutzes und der Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu forcieren. Der in der Landesregierung bereits beschlossene Klimapakt wird weiter umgesetzt.

Im Hinblick auf die zu erwartenden Klimaveränderungen erstellt die Landesregierung ein umfassendes Szenario der Konsequenzen und notwendigen Maßnahmen in Form eines Anpassungskonzeptes. In diesem Zusammenhang sind auch neue Modelle der Risikovorsorge zu prüfen. Dadurch soll Oberösterreich bestmöglich für die Klimaveränderungen gerüstet sein.

Der flächendeckende Grundwasserschutz bleibt oberstes Ziel der Wasserpolitik. Die oberösterreichische Landesstrategie „Zukunft Trinkwasser“ wird weiter umgesetzt. Der Zugang zu sauberem Wasser für alle ist sicher zu stellen. Bei der Umsetzung Grundwasser schonender Maßnahmen zum Erhalt unseres Grundwassers als Trinkwasser gilt das Prinzip "Freiwilligkeit vor Zwang". Schutz- und Schongebiete sollen unter Einbindung von Bevölkerung und Betrieben umgesetzt werden. Eine vertragliche Übereinkunft mit den Grundbesitzern ist anzustreben.

Das im ganzen Land laufende große naturnahe Hochwasserschutzprogramm und die Restrukturierung von Oberflächengewässern wird plangemäß umgesetzt.

Bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie suchen wir mit Augenmaß den Kompromiss zwischen den ökologischen Notwendigkeiten und den drohenden Erzeugungsverlusten bei der erneuerbaren Energie Wasserkraft.

Die Absenkung des Restabfalls um weitere 20% durch Müllvermeidung, bessere Trennung und Wiederverwertung ist das Ziel der oberösterreichischen Landespolitik. Insbesondere setzen wir uns auch für die Reduzierung der unnötig hohen Lebensmittel- und biogenen Abfälle im Restmüll ein.

Oberösterreich bleibt klar auf Anti-Atomkurs. Wir setzen das konsequente Vorgehen gegen grenznahe Atomanlagen wie Temelin, Mochovce oder Isar 1 inklusive Atommülllager und für einen EURATOM-Ausstieg fort.

Die Erhaltung und der Schutz des Böhmerwaldes, insbesondere auch entlang der Grenze zu Tschechien ist uns ein besonderes Anliegen. Wir wollen gemeinsam mit unseren Nachbarn Regelungen, die das Eigentum der privaten Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer respektieren. Dieses Einvernehmen soll es auch beim Nationalpark Kalkalpen und bei Naturschutzflächen geben.

Die nominierten Natura 2000-Schutzgebiete (inkl. Rannatal) sollen in Übereinstimmung mit den Regionen sowie den betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer und Partnerinnen und Partnern umgesetzt werden.

Die Landesverwaltung will weiter in bestimmten eigenen Bereichen Umweltvorbild sein.

Wir wollen künftig stärker in Bezug auf Lichtverschmutzung und Lärmberieselung sensibilisieren.

In das Bildungsland Oberösterreich werden wir weiter investieren, denn Bildung ist ein zentraler Faktor für die positive Entwicklung des Landes Oberösterreich. Für jeden Einzelnen und jede Einzelne sind Bildung und Wissenschaft ausschlaggebend für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit, aber auch die beste Basis für Teilhabe an der Gesellschaft und Wohlstand. Wissen, Können und Motivation sind darüber hinaus Voraussetzungen für die kulturelle und wirtschaftliche Leistungskraft. Mit innovativen Ideen können wir unseren heutigen Wohlstand auch in Zukunft absichern. Auch dazu liegt der Schlüssel in Bildung, Wissenschaft und Forschung, denn diese bilden für Gesellschaft und Wirtschaft in einer dynamischen und komplexen Welt eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Für eine zukunftsorientierte Ausrichtung unseres Landes braucht es gut ausgebildete Menschen und exzellente universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.

### Wissenschaft

Im eigenen Bereich wollen wir Nachfolgendes umsetzen:

- Erhöhung der Forschungsquote auf 4 % bis zum Jahr 2015 und Schaffung eines landeseigenen Forschungsförderungsfonds.
- Weiterentwicklung der Forschungseinrichtungen des Landes, wie z.B. Upper Austrian Research.
- Ausbau der Forschungsaktivitäten an den oberösterreichischen Fachhochschulen
- Weiterentwicklung der derzeitigen medizintechnischen Ausbildungen in den Krankenhäusern zur zukünftigen Fachhochschule für Gesundheitsberufe.
- Einrichtung einer innovativen Search Agency – Aufspüren und Kauf von F&E-Ergebnissen, um darauf Innovationen der oberösterreichischen Unternehmen aufzusetzen; Diese zielt auf Bereiche, in denen Oberösterreich Forschungsleistungen nicht ausreichend selbst erbringen kann, in Abstimmung mit den bestehenden Forschungseinrichtungen des Landes, wie z. B. CATT.
- Ausbau des Forschungsinstitutes RISC und des Softwareparks in Hagenberg.
- Science Center Wels (Welios) – Forschungseinrichtung zum Angreifen.
- Ausbau der international führenden Position Oberösterreichs in der Mechatronik und in der Prozessautomatisierung.
- Weiterer Schwerpunkt auf den Ausbau der Kunststoffforschung in Oberösterreich bis hin zu interdisziplinären Themen, wie Smart Plastics.
- Schwerpunkte stärken im Bereich IKT, Logistik, Life Sciences, Energie und Energie Effizienz.
- Weiterentwicklung der bestehenden oberösterreichischen Technologie- und Dienstleistungszentren zu regionalen Innovationsnetzwerken.
- Einrichtung einer oberösterreichischen Innovationsholding – Bündelung bzw. Vernetzung der oberösterreichischen Innovationsbeteiligungen in einer Holding.
- Breitbandoffensive II – Ausbau der Glasfaserinfrastruktur.
- Verbesserte Aufnahmemöglichkeit und bessere Rahmenbedingungen für die Aufnahmen an Fachhochschulen für Personen mit Lehrabschluss.
- Schaffung einer Anlaufstelle für Fragen der Nostrifizierung von Bildungsabschlüssen in der Bildungsabteilung oder beim Landesschulrat.
- Forschungsinitiative für E-Mobilität, erneuerbare Energie und Energie Effizienz.

Vom Bund fordern wir mit Nachdruck folgendes Engagement:

- Ausbau der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät sowie der juristischen Fakultät und Sicherung der Sowi-Fakultät an der Johannes Kepler Universität.
- Verbesserte Budgets sowohl für die Johannes Kepler Universität als auch für die Kunstuniversität.
- Errichtung einer Medizinuniversität in Oberösterreich.
- Sukzessive Entwicklung einer Geisteswissenschaftlichen Fakultät, ausgehend vom derzeit bestehenden Angebot an Linzer Universitäten und Fachhochschulen sowie pädagogischen Hochschulen.
- Standortsicherung für die beiden pädagogischen Hochschulen am Standort Linz.

## Schule

Im eigenen Bereich wollen wir Nachfolgendes umsetzen:

- Lückenlose Umsetzung der Klassenschülerzahl 25 – wir fordern vom Bund die 100 %ige Übernahme der Kosten, garantieren aber bis zur Erfüllung dieser Forderung die Umsetzung.
- Ausweitung des Schulmodells Oberösterreich bei gleichzeitiger Wahrung der Wahlfreiheit für Eltern und Kinder im bestehenden Schulsystem (z.B. AHS).
- Unterstützung aller derzeitigen Anträge von oberösterreichischen Schulen auf Einführung des oberösterreichischen Schulmodells, soweit sie vom Landesschulrat als fachlich akzeptiert beurteilt werden. Auch für Oberösterreich muss die 10 %-Grenze an Schulversuchen vom Bundesministerium entsprechend gewährleistet werden.
- Ein besonderer Bildungsschwerpunkt ist auf die Begabten- und Talentförderung in den nächsten Jahren zu legen.
- Fortsetzung und Verstärkung des Erfolgsmodells "Lehre mit Matura" und Ausbau der Bildungs- und Berufsberatung.
- Forcierung der Technik und der Naturwissenschaften im höheren Schulwesen aufgrund des hohen Bedarfs der oberösterreichischen Industrie.
- Fortsetzung der Berufsschuloffensive
- Fortsetzung der Fremdsprachenoffensive an den oberösterreichischen Schulen.
- Ausweitung bestehender und Schaffung neuer Schwerpunktbereiche im höheren Schulbereich, wie zum Beispiel HTL für Medizin, Kreativwirtschaft, Mechatronik, Umwelttechnik, etc.
- Umsetzung des neuen Modells des schulärztlichen Dienstes.
- Weiterführung der Schulbauoffensive – Sonderschulbauprogramm für oberösterreichische Pflichtschulen – Umsetzung.
- Fortsetzung der Schulbauoffensive im Bereich der Landwirtschaftlichen Schulen.
- Ausbau der Angebote an ganztägigen Schulformen basierend auf der Wahlfreiheit der Eltern. Dafür ist auch eine entsprechende bauliche und sonstige Ausstattung zu gewährleisten.
- Weiterer Ausbau der Gewaltprävention an Schulen durch entsprechende Maßnahmen. Bestehende Pilotversuche sind zu evaluieren und weiter zu entwickeln.
- Evaluierung der bestehenden Förderung für das Nachholen des Schulabschlusses. In das Nachholen von öffentlich anerkannten Bildungsabschlüssen, insbesondere des Hauptschul-Abschlusses, der Lehrabschluss-Prüfung und der Berufsreifeprüfung soll investiert werden. Zielgerechte Anreize sollen bildungsfernen Bevölkerungsgruppen helfen, aktiv ihre Lerntätigkeit und Motivation zu erhöhen. Um diese Zielgruppe zu erreichen, braucht es ein niederschwelliges, dezentrales, flächendeckendes Angebot zum Nachholen des Bildungsabschlusses.
- Beim nächsten Finanzausgleich sind neue Richtzahlen für Dienstposten, insbesondere für Kinder mit Sonderpädagogischem Förderbedarf einzufordern.

Vom Bund fordern wir:

- Die Einführung des Ethik-Unterrichts für jene, die sich vom konfessionellen Religionsunterricht abmelden.
- Einführung des Pflichtfaches Politische Bildung ab der 8. Schulstufe.
- Verstärkte Förderungsmaßnahmen für Risikogruppen von Schülerinnen und Schülern zur Defizitbehebung (siehe PISA-Studie – z.B. Lesen, Mathematik).

### Kultur

Oberösterreichs Stellung als Kulturland in einem Klima der geistigen Offenheit soll weiter ausgebaut und der Zugang zu Kunst und Kultur für möglichst alle Menschen ermöglicht werden. Wir bekennen uns ausdrücklich zur besonderen Verantwortung für die Förderung der zeitgenössischen Kunst, sowohl was das Schaffen heute lebender Künstler und Künstlerinnen anlangt, als auch die Förderung der freien Szene und der kulturellen Minderheiten. Auf eine stabile Entwicklung der Förderung freier privater Kultureinrichtungen ist in der kommenden Legislaturperiode besonders Bedacht zu nehmen.

- In der kommenden Legislaturperiode geht es vor allem um die Umsetzung der großen Kulturbauten – Musiktheater und Anton Bruckner Privatuniversität.
- Komplettierung des Ausbauplans der oberösterreichischen Landesmusikschulen.
- Erarbeitung neuer Schwerpunktkonzepte für die "neuen Kulturhäuser".
- Besondere Schwerpunktsetzung auf Kinder- und Jugendkultur.
- Bekenntnis zur Förderung des zeitgenössischen Schaffens.
- Umsetzung des Programms der Landesausstellungen bis zum Jahr 2017 und im Jahr 2012 Festlegung der Landesausstellungen 2018 – 2024.
- Unentgeltlicher Eintritt in die oberösterreichischen Landesmuseen für Schüler und Senioren.
- Umsetzung des Oberösterreichischen Kulturleitbildes und Neufassung des Oberösterreichischen Kulturförderungsgesetzes.
- Verstärkung der internationalen Kulturarbeit – Kultur als Botschafter des Landes Oberösterreich im verstärkten Ausmaß einsetzen.
- Einführung einer Oberösterreich-Card, die auch den Bereich Kultur beinhaltet und insbesondere Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu Kultureinrichtungen erleichtert.
- Erreichung des Titels "Weltkulturerbe" für den römischen Limes in Oberösterreich.

### Sport

Sport hat in Oberösterreich einen großen Stellenwert. In allen Regionen des Landes findet jede und jeder Einzelne zahlreiche Angebote für sportliche Aktivitäten.

Wohlbefinden, Gesundheit und Prävention gehen Hand in Hand mit ausreichender Bewegung. Sport soll daher für alle zugänglich sein, auf Grund der demographischen Entwicklung soll es insbesondere verstärkt Angebote für Seniorinnen und Senioren geben.

Neben dem Breitensport ist Oberösterreich stolz auf seine Spitzensportlerinnen und Spitzensportler. Um aufstrebende Talente zu erkennen und auch weiterhin entsprechend zu fördern, setzen wir weiter auf Jugendarbeit.

Im Rahmen der Sportpolitik sind folgende Schwerpunkte in der kommenden Legislaturperiode besonders zu setzen:

- Forcierung des Seniorensports.
- Modernisierung der oberösterreichischen Sportstätten, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Ökologisierung.
- Weiterer Ausbau der Leistungssportförderung, insbesondere im Nachwuchsbereich.
- Schwerpunktsetzung im Bereich des Schulsports.



### **Familie**

Oberösterreich zeichnet sich durch hohe Familienfreundlichkeit aus und wird auch künftig die Familien mit Kindern bestmöglich unterstützen. Durch die bestehenden Förderungen, Vergünstigungen und Elternbildungsangebote sollen Eltern auch weiterhin in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützt und finanziell entlastet werden.

Wir bekennen uns zur familiären Kinderbetreuung. Eltern sollen die volle Wahlfreiheit der Form der Kinderbetreuung haben. Das Familienleben und das Wohl der Kinder müssen dabei aber immer im Vordergrund stehen.

Um die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, werden wir uns dafür einsetzen, dass Investitionen von Betrieben in familienfreundliche Maßnahmen wie beispielsweise Betriebskindergärten künftig steuerlich berücksichtigt werden sollen.

### **Kinderbetreuung**

Wir bekennen uns zum Kindergarten als wichtige Bildungseinrichtung, die die Kinder altersgerecht bestmöglich auf die Schule vorbereitet. Die Einführung des elternbeitragsfreien Kindergartens ist ein wichtiger Meilenstein – er trägt diesem Verständnis Rechnung, erleichtert die Vereinbarkeit von Familien und Beruf und stellt eine deutliche finanzielle Entlastung für unsere Familien dar.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt weiterhin in der Förderung der deutschen Sprache. Es ist uns wichtig, dass eventuelle Sprachdefizite, insbesondere bei Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund, bereits in der frühen Kindheit erkannt und behoben werden können. Nur so haben diese Kinder die Chance, sich gut in unsere Gesellschaft zu integrieren und bessere Bildungsabschlüsse zu erlangen. Die Einführung des verpflichtenden letzten Kindergartenjahres mit 1. September 2009 ist ein wichtiger Beitrag dazu.

Ein neues Berufsbild der/des Kindergartenassistenten/in soll geschaffen werden. Neben pädagogischen Kenntnissen sollen diese auch zusätzlich kaufmännisch-administrative Kenntnisse erhalten, um die pädagogischen Fachkräfte auch in administrativer Hinsicht zu entlasten. Dabei soll sowohl das modulare System (Lehre mit Matura) zur Anwendung kommen, als auch die Durchlässigkeit in Richtung Ausbildung zur/zum Kindergartenpädagogen/in gewährleistet werden.

Ein bedarfsgerechtes Kinderbetreuungsangebot ist uns ein zentrales Anliegen. Wir streben daher insbesondere den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren, ein verstärktes Angebot an flexiblen Betreuungsformen wie zum Beispiel Tageseltern und den Ausbau von Horten, Saisonkindergärten und Ferienbetreuungsmöglichkeiten an. Wichtig ist uns eine bestmögliche Verknüpfung der Angebote und gegebenenfalls die Heranziehung von gemeindeübergreifenden Lösungen. Jedes Kind soll aber mindestens zwei Wochen durchgehend Ferien haben.

Für die zielgerichtete Planung eines bedarfsgerechten Angebotes und die bessere Nutzung von Synergien ist eine gemeinsame Ressortzuständigkeit für alle Kinderbetreuungsformen sinnvoll.

Für die PädagogInnen in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen soll der bereits begonnene Diskussionsprozess für ein neues modernes Dienstrecht, das den erhöhten Anforderungen der Kinderbetreuung entspricht, in Übereinstimmung mit dem Bund fortgesetzt werden.

## Jugend

Oberste Ziele der Jugendpolitik bestehen in einem umfassenden Ausbildungsangebot und einem breiten Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, wobei die Details dazu im Kapitel Arbeitsmarkt dargestellt werden.

Wir wollen Jugendliche verstärkt dazu motivieren, ein Auslandssemester oder –praktikum zu absolvieren. „Internationalität“ ist nicht nur eine ökonomische Tatsache, sondern auch eine kulturelle und soziale Herausforderung, die von den Menschen Offenheit für das Andere, Abbau von Ängsten vor dem Fremden und Ungewohnten verlangt. Einem positiven Europa-Bewusstsein und Weltoffenheit kommen dabei ein hoher Stellenwert zu. Auch für die Wirtschaft ist die Erfahrung, die die Jugendlichen bei einem Auslandssemester sammeln, ein wichtiger Aspekt.

Ein besonderes Anliegen ist uns die Unterstützung von Jugendlichen bei der Erlangung der Ausbildungsfähigkeit. Verschiedene Umsetzungsmodelle sollen hier mit der Wirtschaft, dem Bildungs- und Sozialbereich gemeinsam erarbeitet werden. Ein Best Practice-Beispiel sind z.B. die Job-Coaching-Projekte des Jugendservice des Landes Oberösterreich.

Wir möchten neue Initiativen setzen, um Kinder und Jugendliche verstärkt für das Forschen zu begeistern und bei ihnen Interesse an Technik und Naturwissenschaften zu wecken. Eine konkrete Maßnahme soll die Einführung eines "Oberösterreichischen Preises für Jungforscherinnen und Jungforscher" sein.

Im Zusammenhang mit dem auf 16 Jahre gesenkten Wahlalter soll das Augenmerk künftig noch stärker auf Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen auf Landes- und Gemeindeebene gerichtet werden. Das Land Oberösterreich möchte hier in Zukunft noch intensiver die Zusammenarbeit mit den Jugendreferentinnen und Jugendreferenten in den Gemeinden suchen.

Das Angebot an Jugendbetreuungseinrichtungen soll in Oberösterreich weiter entwickelt werden.

### Gesundheit

Wir bekennen uns zur nachhaltigen Absicherung des guten oberösterreichischen Gesundheitswesens und somit zur konsequenten Umsetzung des bis 2013 geplanten Spitalsausbaus und einer intensiven Kooperation aller im Gesundheitsbereich beteiligten Gruppen.

Wir stehen zu unseren regionalen Spitälern, die die Basisversorgung in allen Teilen unseres Landes garantieren.

Wir treten für eine weitere und konsequente Verbesserung der Schnittstelle zum Sozialbereich ein. Der Bereich der Pflege wird in den kommenden Jahren eine große Herausforderung sein. Wichtig ist daher, dass entsprechende Maßnahmen zur Kooperation im Gesundheits- und Sozialbereich fortgesetzt werden.

Es bedarf einer flächendeckenden Versorgung mit mehr (Fach)Ärztinnen und Ärzten und Therapieangeboten in allen Regionen. Ärztliche Kooperationen sind zu intensivieren.

Wir setzen uns für ausgezeichnete Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten aller im Gesundheitsbereich Tätigen ein. So fordern wir eine Medizinische Universität in Oberösterreich, stehen für den Aufbau der Fachhochschule für Gesundheitsberufe und für die Absicherung und Weiterentwicklung der Pflegeausbildungen.

Wir treten für optimale Arbeitsbedingungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheits- und Sozialbereich entsprechend der hohen Verantwortung und Arbeitsbelastungen ein.

Großes Augenmerk ist auch auf Gesundheitsförderung und Prävention zu legen, wobei die bestehenden Angebote zu überprüfen und weiter zu entwickeln sind.

Wir treten für eine vertretbare Form der Krankenkassensanierung ein. Wir fordern die schrittweise Reduktion der Zahlungen der Gebietskrankenkasse in den Ausgleichsfonds. Es sind daher Maßnahmen zur nachhaltigen finanziellen Absicherung der Krankenkassen zu entwickeln und zu setzen. Es werden außerdem bei den finanzschwachen Gebietskrankenkassen überfällige Reformmaßnahmen eingefordert.

### Soziales

Die soziale Stärke unseres Landes zeigt sich besonders darin, wie wir uns um jene Menschen kümmern, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Oberösterreich verfügt über ein qualitativ hochwertiges und dichtes Netz an sozialen Angeboten. Dieses wollen wir auch weiterhin den Bedürfnissen entsprechend gestalten und absichern.

Zur Sicherstellung des sozialen Angebotes wird eine Weiterentwicklung der Sozialhilfeverbände unter Beibehaltung des derzeitigen Finanzierungsschlüssels angestrebt. Im Zuge dieses Prozesses soll auch eine Verbesserung der Nahtstellen zwischen Gesundheits- und Sozialbereich und eine verstärkte Nutzung von Synergien erreicht werden.

Mit der Evaluierung diverser Beratungs- und Koordinierungsstellen im Sozialbereich soll eine Steigerung der Effizienz und Synergienutzung verwirklicht werden.

Oberösterreich hat eine besondere Verantwortung gegenüber seinen älteren Menschen. Diese nehmen wir wahr. Die Betreuung Pflegebedürftiger ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Mit einer Ausbildungs- und Wertschätzungsoffensive für Pflegekräfte wollen wir sicherstellen, dass auch künftig für diese verantwortungsvolle Aufgabe die nötigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Verfügung stehen. So werden die diesbezüglichen

Ausbildungskapazitäten der Gesundheits- und Spitals-AG des Landes um 500 zusätzliche Plätze aufgestockt.

Die Aufwertung der Gesundheits- und Sozialberufe ist uns besonders wichtig. Das derzeitige System der Bewertung von beruflichen Tätigkeiten soll im Hinblick auf eine stärkere Dienstleistungs-Orientierung grundsätzlich überdacht werden.

Auf Bundesebene werden wir uns zur finanziellen Absicherung der Pflegevorsorge für eine Valorisierung des Pflegegeldes, gegen den 10%-Pflegegeld-Bundeseinbehalt bei Heimaufenthalt sowie für einen bundeseinheitlichen Pflegefonds einsetzen. Im Bereich des Pflegegeldes soll die Verfahrensdauer bei der Zuerkennung verkürzt werden.

Mit dem Bekenntnis zum Grundsatz "mobil vor stationär" wollen wir durch ortsnahe Wohn- und Betreuungseinrichtungen und neue Pflege- und Betreuungsmodelle weiterhin sicherstellen, dass den Bedürfnissen der älteren Mitmenschen entsprochen wird. Unser konkretes Ziel ist eine bessere medizinisch-pflegerische Ausstattung in den Alten- und Pflegeheimen.

Da der Großteil der pflegebedürftigen Menschen von Angehörigen betreut wird, ist uns deren Entlastung ein ganz besonderes Anliegen. Der schrittweise Ausbau von mobilen Diensten, Tagesbetreuungsmöglichkeiten und Kurzzeitpflegebetten ist dafür eine wesentliche Maßnahme.

Der freiwillige Einsatz vieler ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer ist eine wichtige Ergänzung zu den professionellen Diensten und ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Soziallandschaft. Dieses freiwillige Engagement wollen wir auch weiterhin fördern und wertschätzen.

Auf Grundlage des Oberösterreichischen Chancengleichheitsgesetzes sorgen wir auch dafür, dass Menschen mit Beeinträchtigungen die Rahmenbedingungen für eine individuelle und selbstbestimmte Lebensgestaltung vorfinden. Der schrittweise Ausbau und die Fortsetzung der Regionalisierung der Angebote für Menschen mit körperlichen, geistigen oder psychosozialen Beeinträchtigungen sind uns wichtig. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen in der Praxis soll eine umfassende Evaluierung und Weiterentwicklung des Oberösterreichischen Chancengleichheitsgesetzes stattfinden und notwendige Änderungen sollen vorgenommen werden.

Die Leistungsverträge mit den sozialen Dienstleistern im Bereich der Angebote für Menschen mit Beeinträchtigungen werden einer näheren Analyse unterzogen und entsprechend angepasst.

## Gleichstellung von Frauen und Männern

---

Oberösterreich bekennt sich weiterhin zu einer aktiven Gleichstellungspolitik und zu einer Politik des „Gender Mainstreaming“, um Chancengleichheit für Frauen und Männer zu gewährleisten. Das Land fordert und fördert verbesserte Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Betreuungspflichten, zur Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und zur Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern.

Die bestehenden Frauenförderpläne im Landesdienst werden konsequent umgesetzt.

Das derzeitige System der Bewertung von beruflichen Tätigkeiten im Gesundheits- und Sozialbereich soll im Hinblick auf eine stärkere Dienstleistungs-Orientierung grundsätzlich überdacht werden.

Darüber hinaus setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass auch landesnahe Betriebe oder Betriebe, die eine Landesförderung erhalten, Gleichstellungsbilanzen erstellen und Frauenförderpläne erarbeiten.

Wir wollen einen Schwerpunkt auf eine Frauen- Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive legen. Zielgerichtete Maßnahmenpakete und Weiterqualifizierungsinitiativen für Frauen, insbesondere Wiedereinsteigerinnen, ältere Frauen und Frauen, die über einen längeren Zeitraum erwerbslos waren, werden gesetzt.

Das Land Oberösterreich strebt an, den Frauenanteil in öffentlichen Führungsgremien wie Aufsichtsräten und Vorständen, wo immer es möglich ist, zu erhöhen.

Präventionsmaßnahmen im Bereich Gewalt gegen Frauen bzw. Gewalt in der Familie werden forciert. Die Regionalisierung der Kinder- und Gewaltschutzeinrichtungen wird fortgeführt.

Der beim Land Oberösterreich erfolgreich gestartete Prozess des Gender Budgeting wird fortgeführt, die Umsetzung evaluiert.

Wir wollen eine ausreichende, qualitativ hochwertige und leistbare Versorgung mit Wohnraum in allen Regionen in Oberösterreich sicherstellen und erhalten. Wohnen stellt nicht nur ein Grundbedürfnis bzw. eine Existenzgrundlage dar, es bedeutet auch Lebensqualität.

Dabei sollen im Besonderen die Energieeffizienz der Gebäude erheblich gesteigert, aber auch die unterschiedlichen Wohnbedürfnisse der Menschen berücksichtigt werden.

Wir bekennen uns zum sozialen Wohnbau und räumen der Wohnbauförderung auch weiterhin einen hohen Stellenwert ein. Dabei gilt es, Effizienz und Effektivität dieses komplexen Fördersystems permanent an die sich ändernden Herausforderungen in sozialer, demographischer und ökologischer Hinsicht anzupassen.

Die Wohn-Standards im sozialen Wohnbau werden überprüft um gerade die Leistbarkeit zu gewährleisten. Insbesondere jungen Familien mit geringerem Einkommen soll dabei besonderes Augenmerk geschenkt werden.

In diesem Zusammenhang soll die Kategorie einer günstigen "Startwohnung" für junge Menschen entwickelt werden.

Wir bekennen uns zur Barrierefreiheit.

Wir wollen den geförderten Wohnbau in allen Regionen unseres Landes gewährleisten. In diesem Zusammenhang sind auch die 1.000 zusätzlichen Wohneinheiten des Konjunkturpakets ein wichtiger Beitrag.

Wohnbauträger sollen zu verstärkter Eigenleistung animiert werden.

Besonders in Abwanderungsgemeinden sollen günstige Wohnmöglichkeiten geschaffen werden.

Die Glättung der Annuitätensprünge soll wie beschlossen umgesetzt werden. Damit kann ein sprunghaftes Ansteigen der Mieten verhindert werden.

Um Ortskerne zu gestalten und wieder zu beleben, sollen Sanierungen und auch Neubauten vorrangig im Ortskern gefördert werden.

Die Quote an Eigentumswohnungen soll erhöht werden. Dabei soll auch das Konzept der Miet-Kauf Wohnungen so überdacht werden, dass der Anreiz zum Kauf vergrößert wird.

Es sollen mehrgeschoßige Gebäude in Holzbauweise ermöglicht werden.

Die Anzahl der Sanierungen soll noch gesteigert werden. Nach Auslaufen der Sanierungsförderungen im Rahmen des Konjunkturpakets Mitte 2010 sollen die Förderungsvarianten evaluiert werden. Durch eine Steigerung der Anzahl der Sanierungen und der Revitalisierungen soll unnötigem Flächenverbrauch und der Zersiedelung entgegengewirkt werden.

Das Modell des Betreubaren Wohnens wird weiterentwickelt.

Die Förderung von Einfamilienhäusern wird fortgesetzt.

Die Wohnbeihilfe ist eine unverzichtbare Sozialleistung. Dabei gilt es permanent darauf zu achten, dass durch eine verantwortungsvolle Weiterentwicklung und präzise Gestaltung der Förderungsbestimmungen die Treffsicherheit der Förderung optimiert und Förderungsmissbrauch so weit wie möglich ausgeschlossen wird.

Oberösterreich setzt seinen erfolgreichen Weg beim Klimaschutz mit der Wohnbauförderung fort. Die stetige Weiterentwicklung der Förderungsrichtlinien begünstigt die Nutzung neuer Umwelttechnologien.

Oberösterreich ist ein starkes Agrarland mit einer nachhaltigen, leistungs- und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft. Der Ausbau der Einkommensmöglichkeiten, die Verbesserung der Wettbewerbssituation, die betriebliche Weiterentwicklung und die Sicherung der Hofnachfolge sind die Ziele einer Landes-Agrarpolitik, die den Vielfachnutzen der Land- und Forstwirtschaft anerkennt.

Oberösterreichs Landespolitik beharrt auf dem Landesziel einer flächendeckenden Landbewirtschaftung. Das bedingt besondere Unterstützung für benachteiligte Regionen, Berg- und Grünlandgebiete. Investitionshilfen sollen ermöglichen, dass die Bauernhöfe Teil einer lebendigen Wirtschaft bleiben.

Trotz internationaler Liberalisierung der Agrarmärkte wollen wir, dass unsere bäuerliche, nachhaltig wirtschaftende Landwirtschaft überlebensfähig bleibt und wirtschaftlich existieren kann.

Direktzahlungen für Umweltleistungen und Erschwernisabgeltungen sind Teil der agrarpolitischen Einkommensstrategie. Oberösterreich tritt auf europäischer Ebene für vernünftige Ordnungsrahmen und Regulierungen der GAP ein, anstatt Europas Landwirtschaft dem hemmungslosen Marktliberalismus zu opfern. Wir setzen uns für eine stärkere Orientierung der Agrarpolitik am Prinzip der Ernährungssicherheit unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien ein. Qualitäts- und Preisdumping lehnen wir ab.

Oberösterreich wird alle Möglichkeiten der EU-Kofinanzierung ausschöpfen und die nötigen Landesmittel bereitstellen, damit jeder Euro aus Brüssel geholt werden kann, der im Rahmen der Kofinanzierung möglich ist. Das gilt für den Landesanteil der neuen Milchkuhprämie ab 2010, vor allem aber für die Neuverhandlung der ländlichen Entwicklung in der kommenden Finanzperiode ab 2013.

Wir streben die Weiterentwicklung des Umweltprogramms (ÖPUL) und die Absicherung der ökologischen Vorreiterfunktion der oberösterreichischen Landwirtschaft an. Der Arbeitsplatz Landwirtschaft ist uns wichtig, deshalb sollen sich künftige Fördermodelle auch an der eingesetzten Arbeitskraft orientieren.

Die landeseigenen Agrarförderungen sollen beibehalten werden. Spezifische Ergänzungen sollen die Qualitätsorientierung und die Vermarktung unterstützen sowie die Risikoabsicherung bei Extremwetterereignissen verbessern.

Oberösterreichs Landespolitik begleitet die heimische Landwirtschaft auf ihrem Qualitätsweg. Der Aufbau von besonderen Kompetenzregionen wird fortgesetzt. Bis 2015 wollen wir insbesondere eine Bioregion Mühlviertel schaffen, welche den europaweiten Vorsprung im biologischen Landbau auch in der Verarbeitung und auf den Märkten umsetzen soll. Das Bioimpulsprogramm des Landes wird in Abstimmung mit den kofinanzierten Förderprogrammen fortgesetzt.

Die Initiative Genussland Oberösterreich hat in den letzten Jahren sehr zum Selbstbewusstsein und zur Verbesserung der Chancen von Qualitätsvermarktern beigetragen. In einer Allianz entlang der Wertschöpfungskette wollen wir das Genusslandprojekt fortsetzen. Dabei ist das Bewusstsein für heimische Qualitätsprodukte aus der Region zu verstärken. Schwerpunkt ist die Heranführung von Genusslandproduzenten zur Regalreife und die Verbesserung der Lebensmittelkennzeichnung.

Wo Oberösterreich drauf steht, muss auch heimische Qualität drinnen sein. Auf Basis des AMA-Gütesiegels soll die Produktkennzeichnung vereinfacht und verbessert werden. Die Konsumentinnen und Konsumenten sollen durch klare und deutlich sichtbare Kennzeichnung



über Herkunft und Produktionsstandards informiert werden. Im Rahmen des Konsumentenschutzes wollen wir irreführende Lebensmittelkennzeichnungen unterbinden.

Zur Begleitung der Landesagrarpolitik wird ein Konsumentinnen- und Konsumentenbeirat eingerichtet, welcher unter Einbindung aller Interessensgruppen die Landesregierung in Grundsatzentscheidungen der Agrar- und Konsumentenpolitik berät.

Oberösterreich setzt seinen Weg des gentechnikfreien Anbaus fort. Wir werden im europäischen Netzwerk für das Selbstbestimmungsrecht der Länder und Regionen beim Einsatz von Gentechnik veränderten Organismen (GVO) in der Landwirtschaft kämpfen. Um die Eiweißlücke beim Import zu schließen, wird die Landespolitik konkrete Projekte zur Steigerung des heimischen Sojaanbaus und der Erzeugung von gentechnikfreien Eiweißfuttermitteln unterstützen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die Verbesserung der Positiv-Kennzeichnung GVO-freier Lebensmittel und für die nachhaltig sichere Versorgung Europas mit GVO-freiem Soja ein.

Wir setzen uns für die Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Artenvielfalt im Wald unter Berücksichtigung der ökologischen und ökonomischen Aspekte ein und wollen zur weiteren Vermehrung naturnaher und leistungsfähiger Waldbestände beitragen. Die Sicherstellung der Waldgesundheit streben wir an.

Die Landwirtschaft der Zukunft wird neben der Ernährungsfunktion auch ein wichtiger Energie- und Rohstofflieferant sein. Oberösterreichs Qualitätslandwirtschaft wird immer vorrangig unverfälschte Lebensmittel produzieren. Der Energie- und Rohstoffbereich ist wegen der Marktschwankungen und der innerstaatlichen Krisensicherheit auszubauen. Auf Kontinuität und verlässliche Rahmenbedingungen für Landwirtschaft und Konsumentinnen und Konsumenten ist zu achten.

Im Bereich der Heizwerke auf Holzbasis wollen wir mit einem begleitenden Landesprogramm die Errichtung von Kraft-Wärme-Kopplungen ermöglichen. Holz soll künftig Wärme und Strom liefern. Eine Förderung von Mikronetzen im Wärmebereich sollte in Abstimmung mit den bestehenden Instrumenten angeboten werden. Im Biogasbereich unterstützen wir Projekte für die Direkteinspeisung von Biogas, genauso wie kleine bäuerliche Anlagen mit hohem Reststoffanteil. Die Förderungen und Genehmigungsbedingungen sowie die Einspeistarife müssen auf die jeweilige Konfiguration der Anlage Rücksicht nehmen. Für regionale bäuerliche Kleinanlagen bis 100 KW entwickelt die Landesregierung ein eigenes Programm mit vereinfachtem Genehmigungsverfahren.

Vereinbart wird auch die breite Umsetzung des Projekts einer Bioraffinerie für Wiesengras, falls sich in der bestehenden Pilotanlage die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit bestätigt. Für Projekte der agrarischen Forschung und Entwicklung sollen jährlich ausreichende Mittel im Landesbudget bereitgestellt werden.

Die Landesagrarpolitik unterstützt die Einrichtungen der bäuerlichen Selbstorganisation, insbesondere auch überbetriebliche Erzeuger- und Vermarktungseinrichtungen sowie die Schaffung neuer Einkommensmöglichkeiten innerhalb und außerhalb der Landwirtschaft.

Um die Lebensqualität auf den Höfen, vor allem für die Bäuerinnen zu verbessern, beabsichtigen wir das System der Entlastungshilfen im Krankheitsfall und für Urlaubsvertretungen gemeinsam mit dem Maschinenring auszubauen.

Wir wollen uns auch in der Land- und Forstwirtschaft für effiziente und einfache Kontrollen sowie schlanke Verwaltungsabläufe einsetzen. Gemeinsam mit dem Bund streben wir bei der EU die Reduzierung der Auflagen und Bürokratie im Zusammenhang mit der Abwicklung des agrarischen Fördersystems an.

Die landwirtschaftlichen Fachschulen sind als Bildungsdrehscheiben im ländlichen Raum zu fördern und es sind ausreichende Bildungsangebote für die Menschen im ländlichen Raum insbesondere in den land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen, sowie Aufstiegsmöglichkeiten bis zur Universität sicherzustellen.

Der gute Veterinärstatus und die Seuchenfreiheit unseres Bundeslandes sollen erhalten bleiben. Hohe Tierschutzstandards und Lebensmittelsicherheit sind für uns Grundlage einer qualitätsorientierten Ernährungskette. Im Sinne einer Verbesserung des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetzes werden die Probebeziehungen und kontrollierten Betriebe im Internet veröffentlicht. Zur Erhaltung der kleinen regionalen Schlachtbetriebe streben wir eine Kostenentlastung an.

Wir stehen für die konsequente Umsetzung des oberösterreichischen Gesamtverkehrskonzepts. Oberösterreich verfolgt damit eine nachhaltige Verkehrspolitik, die den Ausbau des Industriestandortes absichert, die Umwelt entlastet und die Lebensqualität verbessert. Dadurch können viele Arbeitsplätze gesichert werden. Priorität hat der Ausbau des Öffentlichen Verkehrs (ÖV), sowohl in Ballungsräumen als auch in den ländlichen Regionen sowie eine umfassende Attraktivierung des Radverkehrs im Alltags- und Freizeitverkehr.

Dem Erhalt und der Erweiterung der Regionalbahnstrecken als Rückgrat eines leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehrs kommt eine besondere Rolle zu. Daher soll es zu weiteren Attraktivierungen bei Mühlkreis-, Summerauer-, Pyhrn-, Mattigtal- und Donauuferbahn sowie der Verbindung Wels-Ried-Braunau kommen. Darüber hinaus wird gemeinsam mit dem Bund und der Stadt Linz an der Umsetzung der Empfehlungen des Verkehrskonzeptes Großraum Linz gearbeitet. Dieses sieht eine zweite Straßenbahnachse in Linz östlich der Landstraße, sowie die Verlängerung dieser nach Gallneukirchen-Pregarten vor und umfasst bei entsprechendem Engagement des Bundes eine langfristige Verbindung der Mühlkreisbahn zum Hauptbahnhof Linz. Weiters wird in diesem Verkehrskonzept Großraum Linz die Verlängerung der Straßenbahn Harter-Plateau bis Traun und Ansfelden inkl. der Schaffung einer Verkehrsdrehscheibe-Kremsdorf angestrebt.

Trotz budgetär schwieriger Lage gibt es ein klares Bekenntnis zur Aufwertung der ländlichen Regionen im ÖV durch die Etablierung von flächendeckenden Regionalverkehrskonzepten. Die noch offenen Konzepte für Ried, Braunau, Schärding, Grieskirchen und Linz-Süd werden umgesetzt. Optimierungen erfolgen über eine vom Landesrechnungshof vorgeschlagene Evaluierungsphase.

Zur Stärkung der Lokalbahnen wird am Instrument des mittelfristigen Infrastruktur-Programmes (MIP) festgehalten. Wir treten für einen verstärkten Mitteleinsatz für die Linzer Lokalbahn ein. Die Umsetzung erfolgt nach Maßgabe der bestehenden Vereinbarung mit dem Bund.

Das Land Oberösterreich strebt im ÖV-Korridor der Linzer Lokalbahn eine „Modellregion Öffentlicher Verkehr“ an. Daher werden die MIP-Mittel vordringlich für die Erreichung einer wesentlichen Fahrzeitverkürzung eingesetzt. Dazu wird insbesondere die Beseitigung der Langsamfahrstellen angestrebt. Flankiert wird diese Modellregion mit folgenden Maßnahmen: ÖV-Beschleunigungs- und Bevorrangungsmaßnahmen, Abbau der Zugangsbarrieren, Echtzeitanzeigen in den Fahrzeugen, automatische Fahrgastzählanlagen, elektronischem Ticketing, Verbesserung der Haltestellenstandards und einheitlichen, klaren, unternehmensübergreifenden und verständlichen Auskunftstandards an Haltestellen,

Wir setzen uns beim Bund für einen raschen Lückenschluss des viergleisigen Westbahnausbaus Kleinmünchen – Linz-HBhf ein. Dieser Ausbau bildet die Basis für verstärkte Regionalbahnverbindungen aus Perg, Steyr, Enns und Amstetten.

Wir streben ein verbessertes, bedarfsorientiertes "Park and Ride"-System an den Bahnhauptstrecken auf Basis des Verkehrskonzeptes Großraum Linz mit besonderen Schwerpunkten in Wels und Vöcklabruck an.

Wir bekennen uns zum „Barrierefreien ÖV“ mit einem Schwerpunkt auf Infrastruktur, insbesondere bei Bahn- und Bushaltestellen.

Im Verkehrsverbund (OÖVV) soll speziell für Teilzeitkräfte ein Mehrfachkarten-Angebot eingeführt werden. In Verhandlungen mit den ÖBB streben wir die Ausweitung der Familienkarte auf den Begleitpersonenkreis der Großeltern an. Wir setzen uns für die Einführung regionaler Netzkarten sowie eine Verbesserung der Freizeitarife für Jugendliche ein. Darüber hinaus wird die Vision eines „Oberösterreich-Tickets“, ein Ticket für alle Öffentlichen Verkehrsmittel, gemeinsam verfolgt.

Entsprechend der Empfehlung des Landesrechnungshofes treten wir für die Erstellung eines umfassenden Marketingkonzepts für den ÖV ein.

In Abstimmung mit den betroffenen Gemeinden werden wir das Landesradverkehrskonzept konsequent umsetzen.

Wir wollen eine Fortsetzung der Maßnahmen zur Beseitigung von Unfallhäufungsstellen. 20 % des Baubudget werden in Verkehrssicherheitsmaßnahmen auf der Straße investiert.

Als geeignete Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit verstehen wir auch eine Verstärkung der LKW-Kontrollen, den Ausbau von Kontrollplätzen an Hauptverkehrsrouten der Bundes- und Landesstraßen sowie bei Bedarf den Ankauf eines Prüfzugs. Wir verstärken unsere Bemühungen bei Bund und Asfinag für die umfassende Wiederaufnahme des A8-Lkw-Kontrollplatzes in Suben.

Die Planungsphilosophie „Shared-space“ dient uns als Grundlage für eine neue zusätzliche Möglichkeit der Verkehrsberuhigung für Gemeinden und Städte. Wir unterstützen die Pilotgemeinden Ottensheim, Linz, Unterach und Freistadt und setzen uns beim Bund für die erforderliche Änderung der StVO („Zentrumszone“) ein.

In einem Pilotprojekt wollen wir temporäre 30 km/h Zonen vor Schulen in Oberösterreich erproben. Bei entsprechender Eignung wird die flächendeckende Umsetzung angestrebt.

Im Zuge der Sanierung der A8 treten wir bei Bund und Asfinag gemeinsam für den Einsatz von lärmarmen Belag und dauerhaften Geschwindigkeitskontrollen (Section Control) ein.

Das Ausbauprogramm des Gesamtverkehrskonzeptes 2008 zur Entlastung von schwer belasteten Ortskernen und Wohngebieten wird abgeschlossen. Wir wollen unter anderem die noch offenen Ortsumfahrungen Eferding, Gmunden-Ost, St. Peter am Hart, Lambach-Nord, Haid und Mattighofen in der kommenden Legislaturperiode umsetzen.

Es gilt eine neue wirksame Mautflüchtlings-Verordnung, mit besonderer Berücksichtigung sensibler Regionen, zu erarbeiten und umgehend zu erlassen. Die Verordnung wird in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Bundesländer erarbeitet.

Wir setzen uns für die Güterverlagerung von der Straße auf die Schiene ein. So ist bei der Entwicklung der "Wirtschaftsparks" neben der Straße auch die Schienenanbindung zu berücksichtigen.

## Sicherheit

---

Sicherheit ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir bekennen uns zur ausreichend qualitativ hochwertigen personellen Ausstattung der Exekutive (400 Neuaufnahmen in den Polizeidienst in der Zeit zwischen 2009-2011) und zur Sicherstellung einer hochqualitativen Ausrüstung unserer Polizei. Oberösterreichische Polizeibeamtinnen und -beamten, die derzeit ihren Dienst nicht im Bundesland versehen, sollen möglichst rasch auf Planstellen im Land zurückkehren. Für Gebiete mit besonderer Asylwerberproblematik soll es zusätzliche Planstellen geben, wobei auch weitere Maßnahmen in diesem Bereich zu setzen sind.

Es sollen technische Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung angestrebt werden, wie z.B. verstärkte Videoüberwachung auf neuralgischen Punkten, wobei prioritär die Fragen des Datenschutzes geklärt sein müssen und ein sehr sorgfältiger Umgang mit den Daten garantiert sein muss. Außerdem müssen videoüberwachte Plätze klar gekennzeichnet sein.

Die Grenzraumkontrolle soll aufrecht bleiben, insbesondere durch Ausgleichsmaßnahmen. Dabei ist jedoch auf die Kostentragungsverantwortung des Bundes Bedacht zu nehmen.

Die Arbeit aller Ehrenamtlichen wie zum Beispiel Rettungs- und Hilfsorganisationen in Oberösterreich ist wichtig und wertvoll für Oberösterreich. Diese Organisationen werden auch in Zukunft so gut wie möglich unterstützt werden.

### **Absage an Extremismus**

Wir lehnen jede Form von politischem und gesellschaftlichem Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus ab. Demokratiefeindlichen und gewaltbereiten Strömungen wird eine klare Absage erteilt.

Im Bereich der Prävention setzen wir auf Bewusstseinsbildung und Beratung. Die Schulen sind uns dabei besonders wichtig. Spezielle Angebote sollen unter Berücksichtigung bereits bestehender Stellen und ihrer fachlichen Kompetenz vorgesehen werden. Als eine konkrete Maßnahme soll ein Aussteigerprogramm für Betroffene geprüft werden, das ihnen den Ausstieg erleichtert und sie in dieser Zeit begleitet.

### **Integration**

Das Oberösterreichische Integrationsleitbild wurde im Oberösterreichischen Landtag mit großer Mehrheit beschlossen und ist schrittweise umzusetzen. Es ist eine Grundlage für weitere Entwicklungen und Maßnahmen.

Zur Verbesserung der Integration ist das Angebot an Sprachkursen auszubauen. Integration ist eine Querschnittsmaterie, die alle Lebensbereiche betrifft und in allen politischen Entscheidungen in die Diskussion miteinbezogen werden soll.

Die Integrationsstelle beim Land Oberösterreich soll in Hinblick auf ihre Aufgabenstellungen entsprechend der schrittweisen Umsetzung des beschlossenen Integrationsleitbildes evaluiert werden.

Die Beschleunigung von Asylverfahren ist voranzutreiben. Wir fordern ein zusätzliches Erstaufnahmezentrum im Süden Österreichs. Bei rechtskräftiger Verurteilung aufgrund eines Verbrechens durch ein inländisches Gericht oder der Betretung auf frischer Tat bei einem besonders schweren Verbrechen, soll ein Asylverfahren beschleunigt durchgeführt werden können.

Es muss eine ausgewogene Verteilung der Asylwerberinnen und Asylwerber in Europa und innerhalb Österreichs geben.

Gründung der "Europaregion Donau-Moldau" im Rahmen eines EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) der EU. Seit dem Fall des Eisernen Vorhanges vor 20 Jahren hat sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der gemeinsamen Region Südböhmen, Ostbayern und Oberösterreich zwischen den drei Metropolen Wien, Prag und München gut entwickelt. Durch die Etablierung einer Europaregion Donau-Moldau sollen Oberösterreich, Südböhmen und Niederbayern (ev. auch Niederösterreich), durch strategische Vernetzung noch mehr an Bedeutung gewinnen und auf diese Weise mit länderübergreifenden EU-Projekten die Brüsseler Fördertöpfe auch in Zukunft optimal ausschöpfen können.

Mitgestaltung auf EU-Ebene in Fragen der Wirtschafts-, Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik. Gezielte Platzierung von oberösterreichischen Vertretern in europäischen Gremien (z.B. ETP). Entscheidungsträger mit den Entscheidungsmechanismen sowie aktuellen und zukünftigen Entwicklungen vertraut machen.

Die EU-Erweiterung eröffnet oberösterreichischen Unternehmen neue Chancen. Das Enterprise Europe Network (OÖ. Förder-Lobby EU+) sammelt Informationen über Förderprogramme und -modalitäten, sensibilisiert und informiert und berät oberösterreichische Investoren in diesen Ländern. Wir wollen möglichst viele EU-Programme so indirekt für Oberösterreich nützen.

Oberösterreich beabsichtigt, die Lobbying-Arbeit in Brüssel weiter zu verstärken. Darüber hinaus gibt es ein gemeinsames Bekenntnis, die Informationsarbeit über Europa für die Menschen und Unternehmen in Oberösterreich ressortübergreifend anzulegen. Auch soll der Austausch von Schülerinnen und Schülern, Lehrlingen und Studentinnen und Studenten weiter forciert und unterstützt werden.

### **Entwicklungszusammenarbeit**

Durch Unterstützung von nachhaltigen Projekten mit Oberösterreich-Bezug wollen wir im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Lebensverhältnisse in ausgewählten Regionen der Dritten Welt spürbar verbessern und ein Bewusstsein in der oberösterreichischen Bevölkerung für Entwicklungszusammenarbeit und Fairen Handel entwickeln.